

**Der Senator für Inneres
Geschäftsstelle der Deputation für Inneres**

TOP 2 staatlich

**NIEDERSCHRIFT
der staatlichen Deputation für Inneres
SONDERSITZUNG
am Mittwoch, den 14. Juni 2017
- 27. Sitzung der 19. LP -**

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres stimmt der Tagesordnung zu.
TOP 2	Genehmigung von Protokollen	Beschluss: Folgendes Protokoll wurde genehmigt. 2.1 Niederschrift staatlich vom 04.05.2017
TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Inneres und der Bremischen Bürgerschaft	Beschluss: Die Auflistung wird zur Kenntnis genommen.
TOP 4	Aktuelle Statistiken	Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres nimmt die aktuellen Statistiken zur Kenntnis.
TOP 5	Bericht (Teil A-D)	Bericht: Herr Senkal teilt mit, dass die Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen als Reaktion auf die Anträge von CDU und Die Linke einen eigenen Dringlichkeitsantrag "Sicherheit im Rechtsstaat" Drs. 19/1113 gestellt haben, der im August in der Bürgerschaft debattiert werden soll. Die Berichte zu den Anträgen der CDU und der Fraktion Die Linke werden mit dem Votum der Deputation für Inneres ebenfalls in der Bürgerschaftssitzung im August debattiert. Im Vorfeld wurde der CDU-Fraktion wegen Erläuterungsbedarf vom Senator für Inneres eine mehrseitige Aufstellung zur Berechnung der Zielzahl für die Personalstärken in Bremen und Bremerhaven zugestellt. Auf Nachfrage von Frau Schnitker in der Deputation, ob diese Berechnungen mit der OPB Bremerhaven abgesprochen wären, erklärte Herr Götzke, dass diese weder mit der OPB abgesprochen noch geeint seien. SI erläutert, dass es zwar keinen Konsens über die Berechnungen gab, die inzwischen festgelegte Zielzahl aber auf einer Verständigung zwischen Senat und Magistrat beruht.
A	Integrationspolitik, Toleranz und Sicherheit in der Einwanderungsgesellschaft Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 21.09.2016 /Drs. 19/749	Beschluss: 1. Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht zur Kenntnis. 2. Die staatliche Deputation für Inneres empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD (bis auf BV4) und DIE LINKE bei Gegenstimmen der CDU und BIW und der Enthaltung der FDP dem Antrag zuzustimmen.
B	Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media Accounts an die Strafverfolgungsbehörden Antrag der Fraktion der CDU /L- Drs. 19/712	Beschluss: 1. Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht zur Kenntnis und schließt sich dem Votum des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit an. 2. Die staatliche Deputation für Inneres empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD und DIE LINKE bei Gegenstimmen der CDU und BIW und der Enthaltung der FDP den Antrag abzulehnen.
C	Pakt für Innere Sicherheit /L-Drs. 19/296	Beschluss: 1. Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht zur Kenntnis. 2. Die staatliche Deputation für Inneres empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD und DIE LINKE bei Gegenstimmen der CDU und BIW und der Enthaltung der FDP den Antrag (bis auf 1d) abzulehnen .
D	Mehr Sicherheit für Deutschland und Bremen / Drs. 19/914	Beschluss: 1. Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht zur Kenntnis. 2. Die staatliche Deputation für Inneres empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD und DIE LINKE bei Gegenstimmen der CDU und BIW und der Enthaltung der FDP den Antrag abzulehnen .

Der Senator für Inneres
Geschäftsstelle der Deputation für Inneres

TOP 6	Entwurf einer Verordnung zur Änderung der VO über die gemeinsame Durchführung des Volksentscheides und einer Wahl zum Deutschen Bundestag	Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres stimmt dem in der Anlage beigefügten Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die gemeinsame Durchführung des Volksentscheides und einer Wahl zum Deutschen Bundestag zu und bittet den Senator für Inneres, die vorgenannte Änderungsverordnung zu erlassen.
-------	---	---